

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Karl Straub

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Martin Böhm

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Horst Arnold

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 15 bis 21 auf:

**Antrag der Abgeordneten**

**Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rückkehr zu Humanität und Ordnung I: Subsidiäre Schutzgewährung in der EU neu denken! (Drs. 19/9612)**

und

**Antrag der Abgeordneten**

**Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rückkehr zu Humanität und Ordnung II: Wirkung der Bezahlkarte sichern - Umgehungsversuche sanktionieren! (Drs. 19/9613)**

und

**Antrag der Abgeordneten**

**Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rückkehr zu Humanität und Ordnung III: Leistungsrechtliche Konsequenzen für Ausreisepflichtige massiv ausweiten! (Drs. 19/9614)**

und

**Antrag der Abgeordneten**

**Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rückkehr zu Humanität und Ordnung IV: Fallgruppen des dauerhaften Ausreisearrestes erweitern! (Drs. 19/9615)**

und

### **Antrag der Abgeordneten**

**Petra Guttenberger, Holger Dremel, Thomas Huber u. a. (CSU),**

**Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Rückkehr zu Humanität und Ordnung V: Sanktionsmöglichkeiten bei ungeklärter Identität verschärfen! (Drs. 19/9616)**

und

### **Antrag der Abgeordneten**

**Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. (CSU),**

**Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Rückkehr zu Humanität und Ordnung VI: Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vorantreiben! (Drs. 19/9617)**

und

### **Antrag der Abgeordneten**

**Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. (CSU),**

**Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Rückkehr zu Humanität und Ordnung VII: "Extremismuscheck" für Fördermittelempfänger im Migrations- und Asylbereich (Drs. 19/9618)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion.

**Karl Straub (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute das Antragspaket "Rückkehr zu Humanität und Ordnung I – VII" der Regierungskoalition. Ein bisschen ungewöhnlich ist, dass die AfD dieses Antragspaket ins Plenum hochgezogen hat. Ich möchte trotzdem die Gelegenheit nutzen, um ein bisschen in die Vergangenheit zu blicken – keine Angst, nicht zu lange.

Ich möchte daran erinnern, dass die CSU viele dieser Punkte, die wir in diesem Antragspaket aufgreifen, eigentlich seit 2013, spätestens seit 2015 immer wieder anmahnt. Ich möchte an den 2018 von Horst Seehofer vorgestellten "Masterplan Migration" erinnern, in dem viele dieser Punkte benannt wurden und zusätzlich – man höre und staune – die Förderung der legalen Zuwanderung verankert wurde. Wir wurden für diesen "Masterplan Migration" damals sehr stark beschimpft. Vieles davon ist heute jedoch allgemeiner Wortlaut geworden. Ich bin wirklich sehr stolz auf meine Partei; denn wenn unsere Migrationspolitik konsequent verfolgt worden wäre, bestünden die Schwierigkeiten nicht, die wir heute teilweise erleben und diskutieren.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Folgender Punkt ist mir auch noch wichtig: Wir arbeiten in Berlin sicherlich sehr gut mit der SPD zusammen. Nur eines muss ich erwähnen: Wenn unsere Arbeitsministerin Bärbel Bas behauptet, es gebe keine Zuwanderung in die Sozialsysteme, entspricht dies einfach nicht der Realität. Es ist sicherlich keine massenhafte Zuwanderung,

(Christoph Maier (AfD): Sicherlich nicht! – Lachen bei der AfD)

aber ich glaube, wir müssen klar benennen, dass es diese Zuwanderung gibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu unseren sieben Punkten: Wir wollen die Akzeptanz unseres Schutzsystems sichern, Fehlanreize abbauen und die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates stärken. Der erste wichtige Aspekt ist, den subsidiären Schutz in Europa neu zu denken. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems hat zwar die bisherige Qualifikationsrichtlinie durch die neue Anerkennungsverordnung ersetzt, aber eine grundlegende Reform des subsidiären Schutzes ist noch nicht erfolgt. Wir müssen den subsidiären Schutz neu denken. Dieser wird zu pauschal gewährt. Wir müssen den Mitgliedstaaten auch die Möglichkeit geben, Zuwanderung zu steuern und zu

regeln; denn es ist niemandem geholfen, wenn ein einzelner Mitgliedstaat in seiner Hilfsbereitschaft überfordert wird.

Zweitens muss die Wirkung der Bezahlkarte gesichert werden. Hier sitzt der Vater der Bezahlkarte, unser Staatssekretär Sandro Kirchner. Die Bezahlkarte reduziert Fehlanreize und erschwert den Geldtransfer ins Ausland. Übrigens ist es uns auch ein Bedürfnis, dass das Geld, das hier bei uns ausbezahlt wird, auch in unserem Land bleibt. Dies wirkt auch gegen das Geschäftsmodell krimineller Schleuser. Kaum haben wir sie eingeführt, gab es bereits die ersten Bewegungen, die Bezahlkarte zu umgehen. Dem müssen wir Einhalt gebieten; denn es ist demokratische Gepflogenheit, dass, wenn die Mehrheit etwas beschließt, dies auch umgesetzt wird.

Drittens gilt es, leistungsrechtliche Konsequenzen für Ausreisepflichtige auszuweiten. Wer vollziehbar ausreisepflichtig ist und seiner Ausreisepflicht nicht nachkommt, hat nicht mehr die gleichen Leistungen verdient wie derjenige, der seine gesetzlichen Mitwirkungspflichten erfüllt. Wir müssen digitalisierte Verfahren einführen, um dadurch die Behörden zu entlasten.

Viertens fordern wir, den Ausreisearrest für Gefährder und schwere Straftäter zu erweitern. Das ist ein besonders wichtiger Punkt. Die Sicherheit unserer Bevölkerung hat oberste Priorität. Es ist schwer vermittelbar, wenn ausreisepflichtige Straftäter oder Gefährder nach Verbüßung ihrer Haftstrafe wieder auf freien Fuß kommen. Wir brauchen einen erweiterten Ausreisegewahrsam. Diese Menschen gehören in Ausreisegewahrsam. Wie gesagt, die Sicherheit unserer Bürger hat oberste Priorität.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünftens müssen Sanktionen bei ungeklärter Identität verschärft werden. Es gibt eine Vielzahl von Asylbewerbern, die ihre Identität nicht preisgeben. Wer Schutz in einem Staat sucht, hat seine Identität preiszugeben. Wer bei der Feststellung der Identität nicht mitwirkt, hat auch keinen Anspruch auf die vollen Leistungen. In diesen Fällen müssen wir Leistungskürzungen vornehmen.

(Johann Müller (AfD): Bravo!)

Sechstens wollen wir das Staatsangehörigkeitsrecht wieder stärken und an Integration und Verbundenheit ausrichten. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist viel mehr als ein Verwaltungsakt. Sie ist Ausdruck einer dauerhaften Bindung an unser Land, unsere Werte und unsere Rechtsordnung. Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht: Die drei Jahre waren viel zu schnell, und nach unserer Auffassung sind auch die fünf Jahre zu schnell. Es gibt sicherlich einige, die nach fünf Jahren die Voraussetzungen erfüllen; aber der Durchschnitt erfüllt sie, glaube ich, nicht. Deswegen wäre die Rückkehr zu acht Jahren der absolut richtige Weg. Ich glaube, auch bei der generellen Hinnahme von Mehrstaatigkeit müssen wir neue Wege gehen.

Letzter Punkt ist ein „Extremismuscheck“ für staatliche „Fördermittelempfänger im Migrations- und Asylbereich“. Hier wollen wir keine NGOs unter Generalverdacht stellen. Das bayerische Innenministerium führt einen Extremismuscheck durch. Ich glaube, wir müssen den erweitern. Wie gesagt, wir wollen niemanden unter Generalverdacht stellen; aber schlussendlich darf, wer Extremismus verbreitet, keine Fördermittel von uns bekommen.

Erfolgreiche Migrationspolitik braucht Humanität und Ordnung. Wie gesagt: Wir fordern das seit 2013, seit 2015 sehr intensiv. Ich glaube, wir müssen wieder vollständig zu Humanität und Ordnung zurückkehren, und deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antragspaket. Im Verfassungsausschuss haben wir schon zugestimmt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

**Martin Böhm (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits die Überschrift "Rückkehr zu Humanität und Ordnung" zeigt, wie verzerrt CSU und

FREIE WÄHLER die Realität wahrnehmen. Wir brauchen keine "Rückkehr zu Humanität". Nirgendwo ist die Asylpolitik so exzessiv humanitär wie bei uns, und genau deshalb ist Deutschland als Ziel für irreguläre Migration so beliebt. Erheblichen Nachholbedarf haben wir dagegen in Sachen Ordnung, ganz besonders bei der Umsetzung der Ausreisepflicht; aber diesem Aspekt widmet sich keiner Ihrer sieben Anträge.

Beginnen wir mit dem Antrag auf Drucksache 19/9617 zur "Reform des Staatsangehörigkeitsrechts". Sie fordern im Grunde die Rücknahme der von der Ampel-Regierung eingeführten Regelung. Das ist löblich, reicht aber bei Weitem nicht aus. Wir fordern die Rückkehr zum Staatsangehörigkeitsrecht, wie es in Deutschland vor dem Jahr 2000 galt. Das ist konsequent und erledigt zugleich die generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit, die heute für über 90 % der Neubürger zur bequemen Regel geworden ist. Wir wollen die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit wieder auf EU-Länder beschränken.

(Beifall bei der AfD)

Im Antrag fordern Sie auch, das geltende Recht so zu ändern, "dass ‚vorübergehende humanitäre Aufenthaltsrechte‘ nicht als ‚gewöhnlicher Aufenthalt im Inland‘ gelten." Genau das haben wir bereits 2024 in unserem Antrag auf Drucksache 19/3906 gefordert, den Sie damals abgelehnt haben. AfD wirkt, liebe Kollegen. Hier sieht man es ganz deutlich.

Ein weiterer Antrag Ihres Sammelsuriums beleuchtet die "Subsidiäre Schutzgewährung". Ansatzlosem Schwurbeln folgt dort Widersprüchlichkeit. "Der ursprüngliche Schutzzweck der Genfer Flüchtlingskonvention sollte wieder in den Vordergrund gestellt werden", so texten Sie in Ihrem Antrag. Wäre dies ernst gemeint, müssten Sie konsequent fordern, den subsidiären Schutz gänzlich abzuschaffen. Lassen Sie uns das gemeinsam angehen; denn so funktioniert gemeinsame Politik rechts der Mitte.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Nein!)

Nun komme ich zur Bezahlkarte. Da gehen wir mit, wundern uns allerdings schon, dass Sie verschweigen, dass die Linksaußen-Fraktion sich in ihrem Regensburger GRÜNEN-Büro aktiv daran beteiligt, den Sinn der Bezahlkarte zu konterkarieren

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

und damit den Rechtsstaat zu untergraben.

Ihr vorgelegtes Allerlei bespricht auch Sanktionsmöglichkeiten für Ausreisepflichtige. Diesen Ansatz begrüßen wir. Die neuen Regelungen im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems machen Hoffnung, notwendige Leistungskürzungen durchsetzen zu können. Den wirren Geist des EuGH-Urteils von vergangener Woche in die Flasche zurückzudrängen, kann ein gemeinsames Ziel von uns sein.

Den Anträgen betreffend "Ausreisearrest" und "Sanktionsmöglichkeiten bei ungeklärter Identität" fehlt es leider an Präzision. Wir fordern: Wer hinsichtlich seiner Identität aktiv täuscht, sollte direkt seinen Schutzstatus verlieren und sofort in Ausreisegewahrsam genommen werden.

(Beifall bei der AfD)

Schlussendlich komme ich zum Antrag betreffend "Fördermittelempfänger im Migrations- und Asylbereich". Den Extremismuscheck kann man sich durchaus sparen, wenn eine Minimalberatung staatlich organisiert wird. Wenn die Zivilgesellschaft hier aktiv werden will – gerne, aber bitte ohne das Steuergeld bayerischer Bürger.

All Ihren Anträgen können wir zustimmen; denn Sie übernehmen überwiegend AfD-Forderungen, nur weniger mutig und weniger konsequent. Auch Ihr kleiner Schritt in die richtige Richtung ist besser als Stillstand. Schreiben Sie bitte nicht nur solche Anträge. Beginnen Sie endlich, genau so zu handeln. Adressat Ihrer Anträge ist allemal die Bundesebene. Dort können Sie den Niedergangsverwaltern die Mehrheit endgültig entziehen und unser Land von den bleiernen Schweren, die Merz uns auferlegt hat,

endgültig befreien. Treten Sie aus dem Schatten der roten Friedhofsmauer heraus zurück ins Licht, und dienen Sie künftig dem deutschen Volk.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Gülseren Demirel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

**Gülseren Demirel (GRÜNE):** Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Ich will schon etwas zu dem Vorredner sagen, weil die Rede einfach schäbig und widerlich war.

(Christoph Maier (AfD): Sehr unmoralische Äußerung von Ihnen!)

Ich habe den Eindruck, bei jeder AfD-Rede, die ich mir hier anhören muss, in der Sie Menschenwürde permanent mit den Füßen treten, muss ich vorher irgendetwas gegen Übelkeit nehmen; denn sonst halte ich das wirklich nicht aus.

(Zuruf)

Für das Parlament ist es beschämend, und für unsere Demokratie ist es auch beschämend.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Aber gut, wenn man mit solchen Anträgen Geister ruft, darf man sich nicht wundern.

Das vorliegende Antragspaket wird unter die Überschrift "Humanität und Ordnung" gestellt. Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER, wir haben es auch im Ausschuss diskutiert: Bei genauer Betrachtung entsteht dann vor allem der Eindruck, dass mit diesen Anträgen kein einziges Problem gelöst wird, dass nur Symbolpolitik betrieben wird, während die tatsächlichen rechtlichen, praktischen und gesellschaftlichen Herausforderungen total ausgeblendet werden. Ich meine, niemand in diesem Haus – und Sie zähle ich wirklich nicht dazu – bestreitet, dass ein Rechts-

staat seine Entscheidungen durchsetzen muss. Natürlich: Wer keinen Schutzanspruch hat und nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel ausreisen muss, muss grundsätzlich ausreisen; das steht doch gar nicht infrage.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Darüber besteht auch weitgehend Konsens. Die entscheidende Frage ist doch aber – und wir haben gerade den Vorredner gehört, deshalb müssen die Warnsignale noch feiner wahrgenommen werden –, ob Recht durchgesetzt werden soll und ob die vorgeschlagenen Maßnahmen rechtlich zulässig, praktisch wirksam und politisch sinnvoll sind. Das sind doch die Fragen, die uns beschäftigen müssen.

Daran bestehen aber erhebliche Zweifel, wenn ich mir diese Anträge anschau. Mehrere der eingebrachten Forderungen bewegen sich an den Grenzen des Verfassungsrechts oder überschreiten diese sogar. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 2012 unmissverständlich festgestellt, dass jedem Menschen ein menschenwürdiges Existenzminimum zusteht. Dieses Grundrecht gilt unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Wer Leistung allein als Druckmittel kürzen will, bewegt sich daher auf rechtlich äußerst unsicherem Terrain.

Ähnliches gilt für die Forderung nach einem erweiterten Ausreisearrest. Das höre ich permanent und habe nicht verstanden, was ihr damit meint. Freiheitsentzug ist einer der schwersten Eingriffe des Staates in die Rechte des Einzelnen. Das Grundgesetz und die Europäische Menschenrechtskonvention setzen hierfür enge Grenzen. Wir haben das ja heute beim Abschiebungshaftvollzugsgesetz ausreichend diskutiert. Pauschale Sanktionen in einem Antrag zu formulieren, ist daher einfach nicht zulässig. Das müssten wir als demokratische Fraktionen bei der Verfassung eines solchen Antrags im Hinterkopf haben, bevor wir so etwas in die Debatte in den Landtag einbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch bei den Forderungen nach der Identitätsklärung wird der Eindruck erweckt, als könnte man jedes Problem durch schärfere Sanktionen lösen. Die Realität ist aber viel komplizierter. Das kennen Sie doch auch von Einzelfällen, die Sie erreichen. Herkunftsstaaten kooperieren nicht. Konsulate stellen keine Papiere aus. Es existieren Kriegs- und Krisengebiete, aus denen keine Papiere hergeholt werden können. Menschen versuchen dennoch, diese Dokumente und Nachweise zu erbringen. Das wollen Sie mit Sanktionen lösen? Wie soll das gehen? Lassen Sie uns doch einmal gemeinsam überlegen, was ein sinnvoller Weg wäre.

Ich komme zum Schluss, weil ich nicht mehr viel Redezeit habe. Politik darf nicht mit einem Generalverdacht gegenüber ganzen Gruppen agieren. Das haben wir schon genügend, und das ist ja auch unser Problem in unserer Demokratie. Wir sollten stattdessen anerkennen, dass wir in der Migrationspolitik bereits erhebliche Veränderungen vollzogen haben; die Zahl der Asylanträge ist zurückgegangen, und am Freitag tritt GEAS in Kraft.

Dann kommt noch das Tolle, dass Sie die Wohlfahrtsverbände, die in der Migrationsberatung tätig sind und bei denen die Träger auch noch 40 % Eigenmittel einbringen, –

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Frau Kollegin, die Redezeit!

**Gülseren Demirel (GRÜNE):** – mit einer Extremismusklauselüberprüfung unter Generalverdacht stellen wollen. Als hätten wir bisher keine Gesetze, –

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Frau Kollegin, die Redezeit ist um!

**Gülseren Demirel (GRÜNE):** – um eine Überprüfung durchzuführen. Aber Extremismus zu verhindern, ist in unser aller Interesse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bitte bleiben Sie am Rednerpult; denn mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Böhm von der AfD-Fraktion vor.

**Martin Böhm (AfD):** Frau Kollegin Demirel, fällt Ihnen eigentlich auf, dass Sie ständig über irgendwelche Sonderfälle, Einzelfälle, Petitionen am Rande klagen und das Große und Ganze vollkommen aus dem Auge verlieren, während die Kollegen bei diesem Antragskonvolut – dankenswerterweise von der CSU – und auch wir an Lösungen arbeiten, die der Mehrheit der Bevölkerung in Bayern und in Deutschland entsprechen?

(Beifall bei der AfD)

**Gülseren Demirel (GRÜNE):** Lassen Sie sich erst einmal beklatschen. – Das glaube ich nicht. Ich glaube, die CSU und die FREIEN WÄHLER sollte eher zum Nachdenken bringen, dass Sie bei diesen Anträgen beide Fraktionen die ganze Zeit so herzlich loben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Der nächste Redner ist der Kollege Horst Arnold für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Horst Arnold (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Geister, die ich rief, werde ich nicht mehr los. Herr Straub sagte nämlich, er sei so stolz, dass in diesem Zusammenhang Horst Seehofer das maßstäblich geprägt habe. Tatsächlich hat Horst Seehofer ein Wort geprägt, das sehr nachdenklich stimmt. Die Mutter aller politischen Probleme sei die Migration, hat er im September 2018 formuliert. Darüber hinaus hat er formuliert, wir müssten zum Rechtsstaat zurückkehren, nachdem 2015 die CDU-Kanzlerin in diesem Zusammenhang Regelungen getroffen hat, das Aufenthaltsgesetz in Teilen nicht mehr anzuwenden.

Das alles sind Dinge, die ursprünglich eine Sachverhaltslage geschaffen haben, die sehr schnell dazu geführt hat, dass in unserer Bevölkerung ziemlich kontrovers, heftig, auch diskriminierend in diesem Zusammenhang diskutiert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, diese acht Anträge kommen mir vor wie eine Parabel von Max Frisch: "Biedermann und die Brandstifter".

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Sie formulieren in diesem Zusammenhang Dinge, die auf der einen Seite teilweise nicht regelbar sind bzw. die wir mittlerweile schon längst geregelt haben, während wir andererseits über diesen Themenkreis wie mit einem Laubsauger darübergerhen und damit genau das Terrain dafür schaffen, dass sich die Menschen von der AfD dieser Sache in einer verachtenden Art und Weise widmen können. Ich habe noch nie etwas von einem exzessiven Humanismus gehört. Humanismus ist ein Wert, der uns alle bindet, und "exzessiv" kenne ich in diesem Kontext nur von Zynikern und insoweit auch von Leuten, die in diesem Bereich tatsächlich verfassungswidrig auf dem Boden in unserem Land stehen.

Zu den einzelnen Dingen: Natürlich könnte man den subsidiären Schutz in diesem Zusammenhang anders einschränken. Das wird aber nicht eingeschränkt, weil das Bundesgesetz existiert und auch im Koalitionsvertrag nichts anderes steht.

Ist die Bezahlkarte wirklich unser Problem? Alle Landkreise und Städte sind damit zufrieden. Sie haben jetzt möglicherweise Umgehungstatbestände zu verhindern. Ist das wirklich die Mutter Ihrer Probleme?

Sozialleistungen zu kürzen – das wurde natürlich auch schon erwähnt –, geht nur bis zu einem Mindestmaß. Dazu haben wir die Rechtsprechung.

Wenn Sie "Rückkehr zu Humanität und Ordnung" formulieren, dann halten Sie sich doch bitte auch an die Rechtsprechung und an die Gesetze, die existieren. Es gäbe

dann auch keine so großen Probleme durch die Erzeugung von Missverständnissen; denn mit diesem Titel suggerieren Sie ja, dass wir in einer Situation leben, in der die Aufrechterhaltung von Humanität und Ordnung nicht mehr kontrolliert werden kann.

Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben das gut durchgestanden, und wir werden das trotz aller demokratischen Auseinandersetzungen, die wir dabei führen, gemeinsam durchstehen. So ist diese Diktion aber einfach verheerend für die Stimmung in diesem Haus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bei Straftätern fordern, dann wissen Sie doch genau, wo steht, dass man das eigentlich nicht machen kann. Das steht im Grundgesetz, das Sie dann mit einer Zweidrittelmehrheit ändern müssten. Welche Gedanken fordern Sie denn dabei heraus, dass in diesem Zusammenhang das Grundgesetz wegen dieser Sachverhalte geändert wird?

Es zieht sich durch. Eine schnellere Einbürgerung gefällt Ihnen nicht. Es ist in der Tat aber so, dass bei allen Empfängen, die mit den Neubürgerinnen und Neubürger stattfinden, diese Neubürgerinnen und Neubürger von allen verantwortlichen Politikern begrüßt werden. Dabei werden auch diejenigen begrüßt und gelobt, die die Einbürgerung nach drei Jahren geschafft haben.

Wenn diese Leute dann als ehemalige syrische Staatsangehörige Deutsche sind und auch noch im Pflege- oder im Sozialbereich arbeiten, dann haben sie tatsächlich eine unverzichtbare Forderung. Ehrlich gesagt ist es mir auch egal, ob sie einen deutschen oder einen syrischen Pass haben.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende!

**Horst Arnold (SPD):** Diese ganzen Dinge sind in vier Minuten schwer konstruktiv aufzugreifen.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Sie bekommen gleich noch eine Minute.

**Horst Arnold (SPD):** Deswegen: Wir werden ablehnen, wie wir das bereits im Ausschuss getan haben, und wir weisen darauf hin: Hören Sie auf, in diesem Zusammenhang "Biedermann und die Brandstifter" zu spielen. Das genügt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Böhm, AfD-Fraktion, vor.

**Martin Böhm (AfD):** Geschätzter Kollege Arnold, das Antragskonvolut der Regierungsparteien in diesem Hohen Haus als Parabel von Brandstiftern zu bezeichnen, legt doch nahe, dass Sie sich nach derzeitigen 6,8 % bei der nächsten Wahl im Oktober 2028 ganz kräftig den 4,9 % nähern werden. Danke für solche Worte in diesem Hohen Haus.

(Beifall bei der AfD)

**Horst Arnold (SPD):** Ihre Wortmeldung zeigt, dass es bei der AfD offensichtlich üblich ist, literarisch ungebildet zu sein. "Biedermann und die Brandstifter" ist ein Schauspiel von Max Frisch. Das ist natürlich ein Schweizer; er hat keinen deutschen Pass. Bei diesem Schauspiel geht es darum, dass sich ein hochmeinender, arroganter Mensch der Realität verschließt und sich, obwohl Zeichen darauf hindeuten, dass es gefährlich wird, Brandstifter ins eigene Haus holt. Eine Parabel als literarische Gattung heißt in diesem Zusammenhang, dass man das Erzählte überträgt und selbst intellektuelle Schlüsse ziehen muss – im Gegensatz zur Fabel. Sie erzählen Fabeln, und wir haben hier in dem Zusammenhang eine Parabel. Es ist bedauerlich, dass Sie auf diesem Niveau argumentieren, aber Sie haben möglicherweise eine anderweitige Ausbildung. Dazu, Max Frisch zu lesen, hat es jedenfalls nicht gereicht; ich würde es empfehlen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Alexander Hold. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich war eigentlich der Meinung, dass all diese Anträge im Verfassungsausschuss hinreichend debattiert worden sind, aber wenn es dann dazu führt, dass man noch literarische Leseempfehlungen bekommt, hat sich die Debatte doch gelohnt. Herzlichen Dank erst einmal dafür.

Nach dem Schlusswort des Kollegen Böhm fühle ich mich allerdings schon veranlasst klarzustellen: Wir dienen Bayern. Nach meinem Selbstverständnis bezieht sich das auf alle Bewohner Bayerns, auf die gesamte bayerische Gesellschaft, und nicht auf ein Volk, wie Sie es definieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Zuruf)

Migrationspolitik kann man natürlich auf verschiedene Weise ideologisch angehen. Wir FREIEN WÄHLER bevorzugen grundsätzlich pragmatische, lösungsorientierte und natürlich an der Humanität, am Humanismus orientierte Lösungen. Da muss ich ganz ehrlich sagen: Missbrauch entgegenzuwirken, egal ob man aus der pragmatischen Ecke, egal, aus welcher ideologischen Ecke man kommt, egal von wo man kommt, das müsste doch eigentlich jeder Mensch wollen. Lösungen zu finden, die den Missbrauch letztlich eindämmen, ist doch eine politische Aufgabe, der wir uns alle stellen müssen.

Vor dem Hintergrund ist es natürlich sinnvoll, subsidiäre Schutzgewährung stärker am ursprünglichen Zweck der Genfer Konvention zu orientieren. Natürlich ist es auch sinnvoll, flächendeckend einheitliche Bedingungen und Voraussetzungen für die Ziel-

Erreichung der Bezahlkarte zu schaffen. Es ist sicherlich richtig und sinnvoll, Leistungen für Ausreisepflichtige nach Ablauf der Ausreisefrist abzusenken. Selbstverständlich ist es mehr als sinnvoll, für Straftäter – insbesondere diejenigen, die aus der Haft entlassen würden – die Fallgruppen des Ausreisetarrestes zu erweitern, weil unsere Bevölkerung natürlich überhaupt kein Verständnis dafür hat, wenn Straftäter, die abgeschoben gehören, wieder frei sind, und weil selbstverständlich auch die Sicherheit nach unserem Verständnis absolute Priorität haben muss.

Genauso ist es sinnvoll, bei ungeklärter Identität die Sanktionsmöglichkeiten zu erweitern. Es ist sinnvoll gewesen, den Irrweg der Turboeinbürgerung zurückzunehmen. Tatsächlich muss noch weiter nachjustiert werden. Selbstverständlich darf es eigentlich gar keine Diskussion darüber geben, dass eine NGO, die extremistische Ziele verfolgt – das heißt letztlich, die Beseitigung unserer Ordnung vorantreiben zu wollen –, keine staatliche Förderung zu bekommen hat. Das sind aus meiner Sicht alles Selbstverständlichkeiten. Nichts anderes steht in diesen Anträgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deswegen bleiben wir dabei, dass das sehr vernünftige Ansätze sind, die wir hier beschließen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die Anträge "Rückkehr zu Humanität und Ordnung I bis VI" auf den Drucksachen 19/9612 mit 19/9617 gemeinsam und über den siebten Antrag betreffend "Rückkehr zu Humanität und Ordnung VII: ‚Extremismuscheck‘ für Fördermittelempfänger im Migrations- und Asylbereich" auf Drucksache 19/9618 einzeln abgestimmt werden soll.

Ich komme daher zunächst zur Abstimmung über den soeben erwähnten Antrag auf Drucksache 19/9618. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt Zustimmung.

Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – AfD-Fraktion, CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte anzeigen! – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden.

Nun kommen wir zur gemeinsamen Abstimmung über die Anträge "Rückkehr zu Humanität und Ordnung I bis VI" auf den Drucksachen 19/9612 mit 19/9617. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Voten im federführenden Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im federführenden Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. – Gegenstimmen gibt es nicht, Stimmenthaltungen auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt, diesen sechs Änderungsanträgen ist zugestimmt worden.